Einzelpreis 1,5 Milliarde Mk. — Halle, Dienstag, den 30. Oktober — Jahrg. 1923 • Nr. 254

Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem tägl. Unterhaltungsblatt sowie den Beilagen „Der Frauenrat" und „Unsere Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" — Parteiorgan der SPD. — ist d. Publikationsorgan der gesamten sozialistischen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 43/44, Hinterh. II. Fernruf 4667.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" vom 27. Okt. bis 3. Nov. beträgt 3 Milliarden Mark einschl. 700 Mill. Mark Bestellgebühr. Für Postbezieher entsprechende Nachzahlung. Das Abonnement ist bindend für den ganz. Bezugsmon. Anzeigenpreis: Der Grundpreis ist 40 Mk. für den Millim. einspalt.; vervielfacht mit der Schlüsselzahl des B. D. A.-E., — 40 M. x 18 Mill. Reklamezeilimeter 150 M. x 18 Mill. Anzeigenannahme: Hauptgeschäftsstelle Harz 43/44. Fernruf 4606 und Große Ulrichstr. 27 (Volksblatt-Buchhandlung)

Das Mass ist voll.

Reichswehr dringt in die sächsischen Ministerien ein und entfernt die sozialdemokratischen Minister. • Reichskommissar Dr. Heinze regiert. • Die konterrevolutionären bayerischen Verbände an der thüringischen Grenze aufmarschiert.

Schluß damit!

Deutschland geht seinem Verhängnis entgegen! Die wider Recht und Vertrag in deutsches Gebiet eingefallenen französisch-belgischen Truppen haben bisher ihr Ziel, den Reichszerfall und den Bürgerkrieg, nicht erreicht. Nun soll ihnen im Innern unseres Landes ein treuer Helfershelfer in der bürgerlichen Ministermehrheit des Reichskabinetts entstehen. Unter dem Vorwand, Ordnung zu schaffen, sind mit ihrem Einverständnis am Montag die sozialistischen Minister in Dresden wie Verbrecher ihres Amtes enthoben worden. Das Beispiel der im Ruhrgebiet stehenden Besatzungstruppen hat durch deutsche Reichswehr seine Wiederholung in der Hauptstadt eines Bundesstaates gefunden, dessen Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit Treue zur Republik geschworen hat und bereit war, das Letzte für den Staat von heute zu opfern. Damit ist das Maß für die Sozialdemokratie voll.

Erst am Montag hat der sozialdemokratische Parteivorstand eine Entschließung gefaßt, in der die Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf Grund von Erfahrungen aus der Vergangenheit und den letzten Tagen als unmöglich bezeichnet wird. Dieser Beschluß konnte selbstverständlich nur einen Sinn haben, wenn der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei auch bereit war, in diesem Sinne zu wirken — und das sollte geschehen! Damit hätte der ultimative Handstreich des Reichskanzlers gegen die sächsische Regierung nicht die geringste Billigung erfahren. Unsere Auffassung über diesen rechtswidrigen Schritt bleibt bestehen und wir wiederholen heute erneut, daß das Ultimatum an Sachsen im Vergleich zu dem Vorgehen gegen Bayern nicht nur ungerecht, sondern auch leichtfertig war. Deshalb war für uns auch die Ablehnung der ultimativen Forderung durch die sächsische Regierung vollkommen verständlich. Ein Kabinett, das auch nur noch das geringste Ansehen innerhalb der Bevölkerung wahren und nicht für alle Zeit als ein Ministerium der Hampelmänner erscheinen wollte, konnte nach dem Verhalten des Reichskanzlers beim besten Willen nicht anders handeln, als es die sächsische Regierung getan hat. Immerhin aber ließ der ablehnende Beschluß der sozialdemokratischen Minister Sachsens die Möglichkeit offen, auf verfassungsmäßigem Wege der Zusammenarbeit mit den Kommunisten ein Ende zu machen. Diese Möglichkeit auszunutzen, betrachtete der sozialdemokratische Parteivorstand als seine Pflicht. Er war hierzu eben im Begriff, als die verhängnisvolle Aktion der Reichswehr in Sachsen gegen die sozialdemokratischen Minister bekannt und durch sie die erstrebte Vermittlung bereits in Frage gestellt wurde, noch bevor die Beauftragten unseres Vorstandes in Dresden eingetroffen waren.

Die Attacke des Reichskanzlers erfolgte in einem Augenblick, in dem die bayerische Reaktion zum Marsch nach Berlin rüstete. An anderer Stelle verweisen wir auf die Verteilung der legalen und illegalen Truppenverbände, die sich seit Wochen an der thüringisch-bayerischen Grenze aufhalten. Der Reichskanzler und Reichswehrminister sind genau davon unterrichtet, wie sie von dem Vorgehen der Reichswehr in Dresden nicht unterrichtet sein wollen. Statt am richtigen Platz der Reichswehr Gelegenheit zu geben, sich als Hort der Republik zu zeigen, wird die deutsche Schutztruppe kompagnieweise gegen einzelne Persönlichkeiten vorgeschickt, deren einziges „Verbrechen" ist, sich entschlossen gegen eine leichtfertig handelnde Regierung gewandt zu haben. Es ist deshalb zu überlegen, ob der Kommandeur der Reichswehr in Dresden nicht wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zur Verantwortung gezogen werden kann.

Mit der Bestrafung der Schuldigen ist das Dresdener Verbrechen für uns nicht abgetan. Die Reichsregierung ist verpflichtet, den sozialdemokratischen Ministern gegenüber Genugtuung zu üben, und das muß durch eine schriftliche Erklärung geschehen. Wird dem nicht entsprochen und zeigen die bürgerlichen Minister nicht selbst das Empfinden, daß diese Genugtuung notwendig ist, ganz muß der Rücktritt der sozialdemokratischen Minister im Reichskabinett erfolgen, noch bevor die Reichstagsfraktion ihr Urteil über die Vorgänge in Sachsen gesprochen hat. Die Folgen, die damit für das Reich heraufbeschworen werden, fallen dann ausschließlich auf den Reichskanzler und seine bürgerlichen Minister. Sie mögen sich endlich dessen bewußt werden, daß es in der Auseinandersetzung, die an der bayerisch-thüringischen Grenze vorbereitet wird, auch um ihren Kopf geht und nicht nur um uns deutsche Sozialdemokraten.

Die Aufgaben des Reichskommissars.

Dittmann und Weis in Dresden zwecks schleuniger Bildung einer neuen Regierung.

Der Reichskommissar für Sachsen, Dr. Heinze, hat für sein Vorgehen von der Reichsregierung folgende Richtlinien erhalten: Zweck der ergangenen Verordnung des Reichspräsidenten ist die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Sachsen. Mit verfassungsmäßigen Zuständen ist die Teilnahme kommunistischer Mitglieder an der Regierung, deren Partei in Sachsen zu Gewalttätigkeiten auffordert, nicht vereinbar. Zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände ist daher die Bildung einer neuen Regierung, hinter der die Mehrheit des Landes steht und der keine Kommunisten angehören, erforderlich. Solange eine derartige Regierung nicht gebildet ist, gehen die Rechte und Pflichten der Regierung auf den Reichskommissar über, der die Geschäfte mit Hilfe der Beamtenschaft führt. Der Reichskommissar wurde angewiesen, alle Bestrebungen auf Herstellung einer verfassungsmäßigen Regierung seinerseits nach Kräften zu unterstützen.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Fischer und die Genossen Dittmann und Wels haben sich am Montagabend nach Dresden begeben, um für die schleunige Bildung einer neuen Regierung zu wirken. Das Reichskabinett trat am Montagabend 9½ Uhr zu einer Besprechung über die allgemeine innerpolitische Lage zusammen.

Protest der sozialdemokratischen Reichsminister.

Berlin, 30. Oktober. (Sondertelegramm.)

Das Reichskabinett trat gestern zu einer Sitzung zusammen, um sich mit den Vorgängen in Sachsen zu beschäftigen. Wie der „Vorwärts" meldet, protestierten die sozialdemokratischen Minister gegen das Vorgehen des Reichskommissars Dr. Heinze und des Generals Müller. Ihre weitere Entscheidung werden die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen treffen. Das Blatt mißt der heutigen gemeinsamen Sitzung des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages und der für morgen einberufenen Sitzung der gesamten Fraktion eine außerordentliche Bedeutung bei.

Dreitägiger Generalstreik in Sachsen.

Berlin, 30. Oktober. (Sondertelegramm.)

Nach einer Meldung der „B. Z." aus Dresden haben die Spitzenorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Afa und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes sowie die Parteiorganisationen der SPD. und der KPD. für Sachsen in längerer gemeinsamer Sitzung für heute früh für ganz Sachsen einen dreitägigen Generalstreik beschlossen.

Die Mitschuldigen.

Unser Dresdener Bruderblatt, die „Volkszeitung" schreibt:

So sehr wir das Verhalten der Reichsregierung verurteilen, so scharf müssen wir uns auch gegen das Treiben der Kommunisten wenden, die durch ihr Verhalten redlich das ihrige dazu beigetragen haben, diese für die sächsische Arbeiterschaft so gefährliche Krise zu verschärfen. Mit großer Freude haben wir es begrüßt, daß es hier in Sachsen gelungen war, eine sozialistisch-kommunistische Regierung zu errichten aber es ist den Kommunisten von Anfang an kein Zweifel darüber gelassen worden, daß wir nur auf der Grundlage der Verfassung mit ihnen zusammenarbeiten wollen, daß wir nicht daran denken, ihr Putsch- und Verschwörerspiel mitzumachen. Auch darüber hat bei der Regierungsbildung Klarheit geherrscht, daß die Politik in Sachsen möglichst gemeinsam betrieben werden soll und daß, wenn auch keine Partei gebunden werden sollte, bei wichtigen Fragen eine gemeinsame Aussprache zu erfolgen hat. Unter keinen Umständen dürfte die Kommunistische Partei Aktionen von weittragender Bedeutung unternehmen, ohne überhaupt unsere Partei zu benachrichtigen. An diese Bedingung, die ja für zwei proletarische Parteien, die zusammen eine Regierung bilden, einfach selbstverständlich ist, haben sich die Kommunisten nicht gehalten. Das zeigt sich besonders bei der Ausgabe des Flugblattes, das mit in erster Reihe den Anlaß zu dem Vorgehen der Reichsregierung gegeben zu haben scheint. In dem Flugblatt, das von dem Landesvorstand der Kommunistischen Partei und der Landtagsfraktion der KPD. unterzeichnet ist, wird folgendes gesagt:

„Wir Kommunisten erklären:

Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General.

Wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse, die noch kommen werden.

Wir sind in die Regierung eingetreten, um gemeinsam mit den Sozialdemokraten die werktätigen Massen zum Kampf gegen die Militärdiktatur, Faschismus und Aushungerung zu mobilisieren.

Wir werden die Massen mobilisieren, mag der General noch so gut tanzen, wie die Schwerindustrie, die Junker, Spekulanten und Faschisten pfeifen.

Wir fordern die Arbeiter auf, das Verbot der Hundertschaften mit der Aufstellung unzähliger neuer Hundertschaften, das Verbot der Aktionsausschüsse mit der Bildung von Aktionsausschüssen in jedem Betriebe zu beantworten."

Wir müssen feststellen, daß auf eine ausdrückliche Anfrage unserer Parteigenossen, es von den Kommunisten einfach abgelehnt worden ist, daß ein derartiges Flugblatt herauskommt. Die Kommunisten haben also wider Treu und Glauben gehandelt. Sie haben die Sozialdemokratie in ganz infamster Weise hintergangen.

Eine Schande!

Dresden, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Reichskommissar Dr. Heinze hat am Montagmittag sämtlichen Ministern das Absetzungsdekret mit der Aufforderung überreichen lassen, bis 2 Uhr mittags die Ministerien zu verlassen. Pünktlich um 2 Uhr erfolgte der Anmarsch der Reichswehr, die Befehl hatte, die Ministerien zu „säubern". In Begleitung mehrerer Musikkapellen (!) marschierten die einzelnen Kompagnien in die Altstadt und besetzten die Ministerien, den Landtag und das Hauptpostamt. Im Staatsministerium wurden zunächst sämtliche Eingänge besetzt und mit Maschinengewehren gesichert; dann wurde das Treppenhaus abgeriegelt. Unter Führung von zwei Offizieren nahmen mehrere Patrouillen die Minister fest und führten sie unter starker Bedeckung — die Mannschaften mußten die Gewehre entsichern (!) — zum Ausgang, wo sie in Freiheit gesetzt wurden. Niemand durfte das Haus ohne Genehmigung des leitenden Offiziers verlassen, oder betreten. Als Genosse Zeigner aus seinem Zimmer geführt wurde, hatten sich auf dem Gang zahlreiche Ober- und Unterbeamte versammelt, von denen sich der Ministerpräsident durch Händedruck verabschiedete. Ein Beamtenvertreter gelobte in kurzer Ansprache dem Ministerpräsidenten unverbrüchliche Treue. Genosse Zeigner erwiderte, er habe die Hoffnung, daß jeder voll seine Pflicht tun werde. Im Finanzministerium erklärte Böttcher dem Reichswehroffizier, daß er die Handlungsweise als einen Bruch der Reichs- und Landesverfassung betrachte und persönlich nur der Waffengewalt weiche. Bei der Besetzung des Landtags drang die Reichswehr sofort in das Fraktionszimmer der KPD. ein. Von kommunistischen Abgeordneten wurde erklärt, daß sie den Saal nicht verlassen dürften. Nach erfolgloser Suche nach dem kommunistischen Minister Heckert wurde die Maßnahme gegen die kommunistischen Abgeordneten zurückgezogen, doch blieb der Landtag besetzt.

Die besetzten Gebäude werden stark bewacht; die Treppenhäuser und Korridore sind in ein Heerlager verwandelt. Die gesamte kommunistische Presse ist erneut verboten worden, ihre Druckereien wurden militärisch besetzt. Der Zivilkommissar hat von diesem Vorgehen keine Mitteilung erhalten, obwohl dem Wehrkreiskommando am Montag folgender Befehl herausgegeben wurde: „Auf Befehl des Herrn Reichswehrministers sind dem Zivilkommissar alle Schutzhaftbefehle möglichst vor Erlaß bekanntzugeben, desgleichen Einsprüche dagegen. Dem Zivilkommissar steht in solchen Fällen das Recht zu, Einwendungen beim Herrn Befehlshaber zu erheben. Ebenso sind dem Zivilkommissar Festnahmen durch die Truppen zur Kenntnis zu geben. In gleicher Weise ist bei beabsichtigten Zeitungsverboten und Aufhebung von Verboten zu verfahren. Der Chef des Stabes: Oberst Freiherr v. Seutter."

Da das Wehrkreiskommando keine Neigung zeigt, diese Anordnung zu befolgen, dürfte der Zivilkommissar, Reichstagsabgeordneter Gen. Meier, voraussichtlich schon am Dienstag seinen Rücktritt erklären. Meier vertritt überhaupt die Auffassung, daß sein Wirken mit der Absetzung der Regierung, die auf seine Einsetzung als Zivilkommissar Wert legte, beendet sei.

Die Kommunisten benutzen das Verbot ihrer Zeitungen zur verstärkten Generalstreikhetze. Von führender kommunistischer Seite wurde am Montagnachmittag offen erklärt, daß die Kommunisten es als einen Mißerfolg ihrer Politik empfinden müßten, wenn es nicht zum Generalstreik käme. Im Gegensatz hierzu veröffentlicht der Landesvorstand der SSPD. folgenden Aufruf:

„An die werktätige Bevölkerung Sachsens!

Die Landesinstanzen sind sich bewußt, daß das Diktat der Reichsregierung die härteste Belastung des sächsischen Proletariats darstellt. In voller Wertung der bestehenden Machtverhältnisse muß jedoch vor jedem unbesonnenen Schritt und jeder Einzelaktion der werktätigen Massen gewarnt werden. Eine Aktion des sächsischen Proletariats darf nur auf Anweisung der zuständigen Instanzen, der Parteien und Gewerkschaften, erfolgen. Weitere Anweisungen ergehen zur gegebenen Zeit."

Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Mehrzahl der Arbeiterschaft dieser Parole des Abwartens voll zustimmen wird, da man sich über die Aussichten eines leichtsinnig vom Zaune gebrochenen Generalstreiks keinen Illusionen hingibt. Große Empörung herrscht in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft über das erst durch die Presse bekannt gewordene Flugblatt, das vom Landesvorstand der KPD. unterzeichnet ist und zum bewaffneten Kampf gegen die Militärdiktatur auffordert. Die „Dresdener Volkszeitung" betont, daß die Kommunisten damit wider Treu und Glauben gehandelt und die Sozialdemokratie in illoyaler Weise hintergangen haben. In klarer Erkenntnis des Ernstes der Lage richtet unser Dresdener Parteiblatt das dringende Ersuchen an die Arbeiterschaft, sich unter keinen Umständen zu übereilten Handlungen verleiten zu lassen.

Die Mark in New York

wurde gestern an der Schlußbörse mit einem Dollarpreis von 99 999 999 999 bewertet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231030-16/fragment/page=0001

Die bayerischen Vormarschpläne.

Es ist kein Geheimnis mehr, daß die bayerische Reaktion zum Marsch gegen Berlin eifrig rüstet. Fortgesetzt erfolgen durch die Geheimorganisationen Neueinziehungen. Neuerdings herrscht an der bayerisch-thüringischen Grenze ein reges Leben. Die Hitler- und Ehrhardt-Organisationen haben scheinbar den Auftrag, sobald das Signal eintrifft, einen Vorstoß über die thüringische Grenze hinaus nach Mitteldeutschland zu machen. Die bis jetzt von ihnen getroffenen Vorbereitungen lassen das deutlich erkennen. Augenblicklich ist

das militärische Kräfteverhältnis

an der bayerisch-thüringischen Südgrenze folgendes:

Der bayerische Grenzschutz wird in der Hauptsache durch bayerische Schutzpolizei und Angehörige der Organisation „Bayern und Reich" ausgeübt. Die Entwicklung der Verhältnisse in der Woche vom 22. bis 28. Oktober 1923 hat den Eindruck ergeben, daß dieser bayerische Grenzschutz rein defensiver Natur ist. Bayerische Reichswehr ist an der eigentlichen Grenzsicherung nicht beteiligt. Es sind im wesentlichen zwei Grenzschutzabschnitte zu beobachten. Der eine umfaßt die Linie Hirschberg-Lichtenberg, Nordhalben, Lauenstein, Grenzschutzpostierungen stehen südlich Hirschberg im Saaltübergang, bei Issigau, Lichtenberg, Bad Steben, Nordhalben, Tschiern, Reichenbach und Haslach. Das Kommando dieser Grenzschutzabteilung befindet sich in Bad Steben. Der Grenzschutzabschnitt 2 weist Postierungen auf bei Steinbach, Lauenstein, Ludwigstadt, Klein-Tettau, Stockheim, Ketschenbach, Rothenbach, Gauerstadt, Gmünda, Marolds-weisach, Königshofen, Mellrichstadt, Weimarschmieden. Die drei letztgenannten Grenzpostierungen (Königshofen, Mellrichstadt und Weimarschmieden) können auch zu einem Grenzabschnitt 3 gehören. Hinter dieser Grenzschutzpostenkette sammeln sich seit dem 22. Oktober starke Formationen militärischer illegaler Kräfte. Sie stehen in weit auseinandergezogener Tiefgliederung mit den Köpfen in Coburg und Kronach und der rückwärtigen Basis in Bamberg. Die beobachteten Formationen machen den Eindruck, daß es sich im Abschnitt Kronach-Coburg um zwei getrennt organisierte Sturm-Divisionen handelt. In Coburg sind festgestellt:

Der Stab der Brigade Ehrhardt, untergebracht im Hotel „Reichsgraf". Anwesend waren: Major Kimm, Major Buchmann, Oberleutnant Klintsch, Leutnant Schultze, Kapitänleutnant Ehrhardt war am 23. Oktober in Coburg, Hitler ist am 24. Oktober in Coburg gewesen. Für Freitag, den 26. Oktober, wurde die Rückkehr Ehrhardts nach Coburg erwartet. Zuverlässige Nachrichten darüber, ob er tatsächlich zurückgekehrt ist, liegen im Augenblick noch nicht vor.

An Truppen sind

in Coburg festgestellt:

7 Kompagnien der Marinebrigade Ehrhardt, 2 M.-G.-Kompagnien der Brigade Ehrhardt, 3 Sturmkompagnien der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, zwei noch in der Aufrüstung befindliche Kompagnien des Bundes „Oberland", eine Batterie zu vier Geschützen (F. K. 16), ein Nachrichtenzug (2 L. F.-T.-Stationen). In der Umgebung wird fieberhaft an der militärischen Organisation der Angehörigen der ehemaligen Bruderschaft Franken des Jungdeutschen Ordens (wegen deutschvölkischer Umtriebe seit Mitte Juli 1923 aus dem Jungdeutschen Orden ausgeschlossen) gearbeitet.

An dieser Arbeit beteiligte sich die in Coburg stationierte Hundertschaft der bayerischen Schutzpolizei und bayerische Reichswehroffiziere. Bereits am Sonntag, dem 21. Oktober, fand in der Umgebung von Coburg eine größere Uebung dieser Formationen statt. Die Infanteriekompagnien rückten dazu mit Gewehr 98, Seitengewehr 98 und Stahlhelm aus. Die eine M.-G.-K. (12 SMG. 08/15) war vorschriftsmäßig bespannt. Die anderen wurden auf Lastkraftwagen transportiert. Auf dem Schießstand des ehemaligen 3. Bataillons F.-R. 95 fand ein Scharfschießen statt, bei dem auch der ehemalige Herzog von Koburg-Gotha zugegen war. Im Bereiche der Sturmdivisionen Koburg sind bereits an Artillerie festgestellt: Fechheim, 3 Geschütze (F. K. 16 in der Richtung auf Sonneberg), bei Weißenbrunn, 2 Geschütze (F. K. 16 L. F. H.). Größere Truppenansammlungen im Bereiche Koburg sind beobachtet in Gauerstadt, Wiesenfeld, Tiefenlauter, Lichtenfels, Staffelstein und Ebern. In Neustadt bei Coburg befinden sich die Sturmtrupps der Marinebrigade. Die Sturmdivisionen Kronach sind in ähnlicher Weise organisiert wie die Sturmdivisionen Koburg. Auch dort steht ein vollständiges Sturmregiment in derselben Gliederung, wie es in Koburg beobachtet worden ist. Geschütze sind in Stellung gebracht. Bei Burg 2 Feldkanonen Richtung Sonneberg.

Die eigentliche

Basis der Truppen

scheint in Bamberg zu liegen. Bamberg selbst und seine Umgebung bietet ein vollständig militärisches Bild. Insbesondere muß Bamberg als Sammelpunkt der Organisation „Reichsflagge" angesehen werden. Neben einem großen Wagenpark, Artillerie, Maschinengewehr- und Minenwerfer-Formationen sind in Bamberg auch Flugzeuge, die das Hakenkreuz tragen, festgestellt.

Militärisch-strategisch ist der Aufmarsch der illegalen Formationen wie folgt zu beurteilen: Die Organisation der Truppe, vor allen Dingen in Coburg, zeigt den modernen Stand des Bürgerkrieges. Störungstruppen und Sturmbataillone, ausgerüstet mit Maschinengewehren und Minenwerfer-Formationen mobil Infanterie-Begleitbatterien, haben den Zweck, in überraschendem massierten Angriff den Gegner zu überrumpeln und in schneller Bewegung nach den Kraftzentren der Staatsmacht der Republik, gegen die Industriestädte und die Landeshauptstadt Weimar vorzutreiben, um dort durch einen rücksichtslosen Terror der republikanischen Bewegung die Köpfe zu nehmen, alsdann die weiteren Gesechtstruppen nachzuziehen und so den Angriff weiter fortzutragen. Die Sturmdivision Koburg verfolgt offenbar das Ziel, in überraschend geführtem Stoß das Waffenzentrum Zella-Mehlis-Suhl und von da aus das Verkehrszentrum Erfurt und die Landeshauptstadt Weimar zu nehmen. Die Sturmdivision Kronach ist angesetzt, um den Eisenbahnkopf Probstzella zu nehmen und von dort aus über Saalfeld und das Saaletal abwärts zu stoßen und das mittlere und westliche Thüringen von dem ostthüringischen Industriegebiet und so das natürliche Menschenreservoir für eine Ergänzung der Abwehrkräfte der Republik abzuschneiden.

Die Löhnung der illegalen Truppen erfolgt in österreichischen Kronen und französischen Franken. (!)

Handlanger der Konterrevolution.

Das überstürzte Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen wird von Stellen, die dieses Vorgehen wünschten und nicht ungern sehen, mit den Vorbereitungen begründet, die die Kommunisten für ihren neuesten Putsch getroffen haben. Die Vorfälle in Hamburg beweisen auch, daß die Kommunisten es mit ihren wahnsinnigen Plänen ernst meinten und nicht davor zurückschreckten, nicht nur ihre Leute, sondern auch sozialdemokratische Arbeiter ihrem Wahnsinn zu opfern, während die Führer selbst bereits die Pässe nach Rußland in der Tasche haben. Tatsächlich sind der Regierung bei Verhaftungen, die sie in den verschiedensten Gegenden des Reiches vorgenommen hat, zahlreiche, die Kommunistische Partei außerordentlich belastende Dokumente in die Hand gefallen. Sie enthalten vor allem Dingen Fragebogen über den Stand der kommunistischen Hundertschaften, das Vorhandensein von Waffen, die Bereitstellung von Kraftwagen, Flugzeugführern usw. Besonders belastendes Material ergab sich bei der Durchsuchung des verhafteten schlesischen Bezirksleiters Oelsner. Bei ihm fand man ein

Rundschreiben an alle kommunistischen Ortsgruppen,

in dem u. a. folgende Fragen gestellt wurden:

Habt Ihr eine Verbindung der linken SPD. mit dem Gewerkschaftskartell?

Wie gemeinsamer Aktionsausschuß gebildet?

Wieviel Waffen habt Ihr zur Verfügung, wieviel wehrfähige Leute habt Ihr innerhalb der zehnten und der fünften Gruppe?

In einer Sitzung der KPD.-Zentrale, die in den ersten Septembertagen stattfand, wurden folgende Richtlinien bekanntgegeben:

1. Aufruf an die Bauernschaft zur freiwilligen Abgabe von Getreide und Lebensmitteln.
2. Versagt dieser Aufruf, werden bewaffnete Arbeitertruppen mit der Beschlagnahme der Lebensmittel beauftragt.
3. Verbot der gesamten Presse.
4. Die Parteiführer werden in erster Linie festgenommen.
5. Wird der neuen kommunistischen Regierung von irgendeiner Seite oder Person Widerstand entgegengesetzt, so erfolgt rücksichtslos die Todesstrafe.

Aus den kommunistischen Aufzeichnungen über die Putschvorbereitungen in Schlesien geht folgendes hervor: In Neumarkt waren die Kommunisten im Besitz von 25 Handfeuerwaffen, einem schweren Maschinengewehr ohne Munition, 40 Kugelhandgranaten mit Zündern; außerdem wird angegeben, daß sich bei dem Ortsvorsteher Waffen befinden, die leicht mit Gewalt geholt werden können. In Strehlen befinden sich 25 Revolver mit Munition, auf dem Landratsamt befindet sich ein Waffenlager von 200 Gewehren und 4 Maschinengewehren. In Trebnitz 25 Handgranaten, 15 Sprengkapseln, 2 Gewehre und 20 Revolver. Auf dem Rathaus liegen 20 Gewehre, die nur unter Anwendung der Gewalt zu holen sind.

Aus Liebau wird berichtet, daß die Stimmung gut (!) ist. Die Spannung in den Betrieben steigt. Die Hundertschaft ist zu zwei Dritteln mit Handfeuerwaffen ausgerüstet. Ueber Leobschütz besagt der Fragebogen, die evtl. Haltung der Sozialdemokratischen Partei sei zweifelhaft, dagegen würde das Gewerkschaftskartell und die Christlichen (!) mit der KPD. mitmachen. Die Hundertschaft der VSPD. lehne aber auf jeden Fall ab. In Meitnitz sind 4 Geschütze vergraben. In Peinau verfügt man über zwei Kampfgehrengruppen, die zu 75 Prozent mit Revolvern bewaffnet sind. In der Nähe sollen diese Waffenlager liegen.

Der Parteivorstand zur Lage.

Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am Montag zu dem jüngsten Vorgehen des Reichskanzlers gegen die sächsische Staatsregierung Stellung genommen. Ausgangspunkt dieser Aktion ist das Verhalten der Kommunisten in der sächsischen Regierung.

Der Parteivorstand hält das Vorgehen der Kommunisten in Dresden, die, gedeckt durch die Landtagsfraktion der Kommunisten, in Flugblättern zur Bewaffnung aufgefordert haben, für unverträglich mit den Interessen der Republik. Die Kommunistische Partei hat damit zugleich die Grundlagen zerstört, auf denen seinerzeit der Versuch der gemeinsamen Regierungsbildung unternommen wurde.

Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß nach dem Hamburger Kommunistenputsch und nach den Dresdener Vorgängen das Verbleiben von Kommunisten in der sächsischen Regierung unmöglich ist.

Trotzdem hält der Parteivorstand das Vorgehen des Reichskanzlers, der in Dresden einen Reichskommissar einsetzte und die verfassungsmäßig gebildete Regierung ausgeschaltet hat, nicht für gerechtfertigt. Außerdem hätte mit größerem Recht die bayerische Regierung ausgeschaltet und in München ein Reichskommissar eingesetzt werden müssen.

Der Parteivorstand wird sich sofort um eine Entspannung der Situation in Sachsen bemühen. Er wird dann am Mittwoch gemeinsam mit der Reichstagsfraktion zu den zwischen dem Reich, Bayern und Sachsen bestehenden schweren Differenzen Stellung nehmen.

Der Parteivorstand fordert die Parteigenossen im Lande außerdem auf, Sonderaktionen zu unterlassen, weil sie Verwirrung stiften und die gesamte Arbeiterbewegung in schwerste Gefahr bringen. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben an ihre Mitglieder die gleiche Forderung gerichtet.

•

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist vom Fraktionsvorstand telegraphisch für Mittwoch nachmittag 2½ Uhr zusammenberufen worden.

Kahr verbietet die „Münchener Post".

Wie die Kommunisten Herrn Kahr in die Hände arbeiten.

München, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Der Generalstaatskommissar v. Kahr hat mit sofortiger Wirkung das Erscheinen der „Münchener Post" bis auf weiteres verboten, und zwar wegen der Artikel „Bayerns Reichstreue" in Nr. 249 vom 25. Oktober und „Aufreizung von Juden aus München" in Nr. 250 vom 26. Oktober. Unter das Verbot fällt auch jede andere Zeitung, die sich als Fortsetzung der „Münchener Post" erweist. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bestraft.

Der Staatskommissar von Bamberg hat auf Grund der Kahr-Verordnung vom 29. September die Arbeiter-Samariterkolonnen Bambergs aufgelöst. Zur Begründung wird angeführt, die Arbeiter-Samariterkolonnen seien ein Bestandteil des aufgelösten sozialdemokratischen Ordnungsdienstes.

Nach einer VTV.-Meldung ist auch unsere Augsburger Parteizeitung auf acht Tage verboten worden.

München, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Da den Kommunisten durch die Verordnung des Generalstaatskommissars die politische Betätigung in Bayern völlig unterbunden ist versuchen sie in letzter Zeit, sich mit besonderem Nachdruck in den Gewerkschaftsversammlungen politisch auszuwirken. Ihre Versuche mußten zurückgewiesen werden, weil sonst die Gefahr bestehe, daß Herr v. Kahr darin eine erwünschte Gelegenheit erblickt, gegen die Gewerkschaften vorzugehen und ihre Versammlungen zu verbieten.

Die Teilnehmer an der geheimen kommunistischen Führersitzung vom 20. Oktober, im ganzen 34 Leute, sind nunmehr alle verhaftet. Da sich unter dem beschlagnahmten Schriftmaterial auch detaillierte Pläne zur Sprengung der Zufahrtsbrücken zum Münchener Hauptbahnhof vorfanden, so ist ein umfangreicher Strafprozeß gegen die Verhafteten zu erwarten.

Aus aller Welt.

Frauenmord in Dresden-Neustadt.

Dresden, 30. Oktober.

Das hiesige Schwurgericht beschäftigt sich mit der strafrechtlichen Erledigung eines grausigen Sexualverbrechens, dessen Einzelheiten kaum wiedergegeben sind. Im Februar wurde in den Anlagen am Bahnhof Dresden-Neustadt die Leiche der jungen Verkäuferin Weger gefunden. Die Leiche lag auf dem Rasen mit hochgezogenen Knien, am Halse befanden sich Fingerabdrücke, am Knie und der einen Wade waren Spuren von Bissen. Das Kleid war zerrissen. Den Bemühungen der Kriminalpolizei gelang es festzustellen, daß die Verkäuferin am Abend vorher mit einem Obsthändler Mühlbach aus Köthschenbroda in dem Tanzlokal „Linkisches Bad" gewesen war, und dieser dann das Mädchen nach Hause begleitet hatte. Bei seiner Verhaftung gestand Mühlbach, daß er mit dem jungen Mädchen in den Anlagen des Bahnhofs gewesen sei, und daß es zu einem Kampf zwischen den

An den Ufern des Hudson.

Roman von Lawrence H. Desberry.

Einzigberechtigte Uebertragung aus dem Englischen von Hermynia Zur Mühlen.

40. (Nachdruck verboten.)

War dieser Mensch, der hier mit glühendem Haß und grausamer Unerbittlichkeit redete, wirklich der gleiche gütige Mann, der stets bereit gewesen war, für den Sohn jedes Opfer zu bringen, der ihn seit der frühesten Kindheit mit Liebe und Zärtlichkeit umgeben hatte, der Harvey immer als einer der redlichsten, besten Menschen erschienen war.

Harvey erschauderte, zutiefst erschüttert; er hätte sich die Ohren zuhalten mögen, um nicht die vertraute Stimme zu hören, und dennoch war ihm, als dürfe er keinen Satz, keine Wendung der Rede verlieren. Jedes Wort traf ihn wie ein Schlag ins Gesicht. Hier wurde das alte amerikanische Ideal, Freiheit, Gleichheit, Gastfreundschaft für jene, die in der alten Heimat keinen Platz fanden, in den Kot getreten. Amerika den Amerikanern, wie oft hatte Harvey gedankenlos diese Worte gehört, nun vernahm er deren schauerliche Auslegung — Amerika den Amerikanern, das bedeutet: das herrliche Land, das einst vor einem Jahrhundert den Weg zur Freiheit gewiesen, das im Sezessionskrieg das Recht der Freiheit für die elendsten, unterdrücktesten Geschöpfe, für die Sklaven, erkämpft hatte, ausgeliefert den Trusts, den Großkrämern, den Industriebaronen, den Börsenkönigen. Wer ihnen in den Weg trat, ihre Pläne störte, wurde erbarmungslos fortgefegt, einerlei — hierin waren diese Leute international — ob er Ausländer oder Amerikaner ist. Sie hatten ihre Heere — die amerikanische Legion — die für sie Botteldienste verrichtet, Unliebsame beseitigt, verschleppt oder tötet. Und täglich strömten dem Klu-Klux-Klan neue Mitglieder zu; es fruchtete nichts, daß die vor der anwachsenden Macht erschreckende Regierung die Zugehörigkeit zu dieser Vereinigung mit schweren Strafen belegte; denn die Führer verfügten über alle Propagandamittel: Presse, Kirche, Schule, verfügten über ungezählte Millionen.

„Amerika den Amerikanern!" — Nun klangen tatsächlich diese Worte an Harveys Ohr. „Die schlechtesten Elemente des Auslands, die Ruhestörer, die in der eigenen Heimat nicht geduldet werden, überfluten die Vereinigten Staaten. Sie wühlen und hetzen, und unsere Arbeiter schenken ihnen Glauben, werden unzufrieden. Ihre gefährlichen Lehren verbreiten sich wie ein Präriefeuer, sie zerstören die Ordnung, sie gefährden den Besitz. Der irische katholische Pfaffe predigt von der Kanzel herab Götzendienst und Auflehnung, der Jude entheiligt durch seinen ätzenden Spott im Herzen des Volkes die höchsten Güter, kämpft gegen den Patriotismus. Die erhabene Aufgabe des Klu-Klux-Klan ist es, unser Land von Juden, Irländern, Katholiken und Negern zu säubern — und auch von den inländischen Roten."

„Die Irländer und die Juden," klang es durch Harveys Kopf. Dies sagte auch Samuel Hagenstein. Unklar ahnte er nun bereits einen Zusammenhang zwischen den Vorfällen im Sanatorium und dem, was er heute abend hier hörte. „Aber es ist ja unmöglich", klammerte er sich an eine letzte Hoffnung. „Diese Menschen sind beschränkt, verbiendet, von einem wahnwitzigen Egoismus besessen; aber sie sind keine Verbrecher."

Er starrte noch immer mit brennenden Augen in den Saal, sah, wie sich die größere Anzahl der weißen Gestalten von dem an der Spitze des Tisches sitzenden Manne verabschiedete und durch die auf dem Korridor führende Treppe verschwand.

Zehn Leute blieben im Saal zurück.

Einer nach dem andern traten sie zu dem an der Spitze des Tisches sitzenden Manne heran und erstatteten ihm Bericht.

Entsetzen im Herzen, lauschte Harvey den furchtbaren Worten, die von Erpressung, Verschleppung, Einkerkerung, Mord berichteten. Er wartete bebend darauf, die Stimme seines Vaters zu vernehmen — und nun hörte er sie auch wirklich.

Das Blut fang in seinen Ohren. Schwindel befiel ihn, eine kurze Weile vermochte er kein Wort zu verstehen; dann schlug ein Name an sein Ohr: „Jack Benson."

„Der wird uns nicht mehr stören," sagte Henry Word mit einem kalten Lachen.

„Gut. Und wo ist Muriel Brice?"

Muriel Brice! Schon wieder dieser Name!

Mit zusammengebissenen Zähnen und geballten Fäusten rang Harvey seine Aufregung nieder, um kein Wort zu verlieren.

„Sie ist wieder einmal spurlos verschwunden," lautete Henry Words Antwort. „Ich habe sie seit dem mißglückten Anschlag auf Ethel Lindsay nicht mehr gesehen."

„Annoncieren Sie im „Herald", ich brauche sie."

„Gut, es wird geschehen."

„Uebrigens, da wir gerade von Ethel Lindsay sprechen, ich muß Sie strengstens rügen. Sie haben die Sache äußerst ungeschickt angefangen, es hätte uns allen zum Verderben gereichen können." Der Mann an der Spitze des Tisches wandte sich zornig an einen der Weißkapuzigen, der zu seiner Linken saß.

Dieser erhob sich, stammelte: „Es war nicht meine Schuld. Ein unglücklicher Zufall . . ."

Harvey erkannte Dr. Brathfords Stimme.

„Derartige Zufälle haben nicht vorzukommen. Sie müßten eigentlich, unseren Statuten nach, ausgestoßen, schwer bestraft . . ."

„Dazu habt ihr kein Recht," schrie Brathford wütend auf. „Zeigt mir einen Mann, der euch so gute Dienste leistet wie ich. Fünfzehn allein in dieser Woche, acht Irländer, vier deren JWWs, drei Juden, vier Neger. Und wer hat euch von Jim Redby befreit vor dem ihr alle Angst hattet?"

Harvey schauderte zusammen; Jim Redby war ein bekannter Syndikalistenführer gewesen, der in Dr. Brathfords Sanatorium an den Folgen einer Operation gestorben war. Damals hatten die Zeitungen lobend hervorgehoben, mit welch rührender Sorge der als äußerst konservativ bekannte Arzt den „Rebellen" selbst gepflegt hatte.

„Gut," sprach der Mann an der Spitze des Tisches. „Seien Sie aber fürderhin vorsichtiger. Pfuschen Sie übrigens in den nächsten Wochen nicht dem Tod ins Handwerk, fünfzehn in einer Woche sind zu viel; es könnte auffallen."

Harvey vermochte nicht länger zuzuhören; rasender Zorn und verzweifelter Schmerz hatten ihn übermannt. Sein Vater gehört zu diesen furchtbaren Menschen, diesen Verbrechern, diesen Mördern! Und Brathford, der Philantrop, der edle gütige Mensch . . . Ihn verneine er am meisten zu hassen.

Er kann nicht mehr hier bleiben, vermag sich nicht länger zu beherrschen; ihm war, als müsse er vorstürzen, diesen Menschen da ins Gesicht schreien: „Ich weiß alles, alles. Aber ihr werdet nicht straflos ausgehen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231030-16/fragment/page=0002

leiden gekommen sei, da das Mädchen ein gewisses Ansuchen nicht hätte erfüllen wollen. Die Anklage nimmt Notzucht mit Todeserfolg an. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Bahn (Berlin) hat die Zurechnungsfähigkeit des Täters in Zweifel gezogen und die Untersuchung auf seinen Geisteszustand beantragt, da Mühlbach offenbar an sexueller Beziehung an Hypererotismus leidet.

Schüsse in Hindenburg. Am Sonnabend wurden in Hindenburg fünf Kommunisten verhaftet, bei denen Waffen gefunden wurden. Sie stehen im Verdacht, an dem Ueberfall auf die Polizeiwache in Poremba beteiligt gewesen zu sein. Die Verhaftung hatte Zusammenrottungen in den Straßen zur Folge, die die Polizei, da auf sie geschossen wurde, mit Anwendung der Waffe auseinandertreiben mußte. Die Ruhe war am späten Abend wiederhergestellt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Forderung nach Goldlöhnen.

Der Deutsche Verkehrsbund, der für seine rund 2000 hallischen Mitglieder im Handels- und Transportgewerbe hier im Tarifverhältnis mit dem Arbeitgeberverband steht, kämpft dauernd mit Schwierigkeiten, welche die Arbeitgeber in bezug auf die Forderung wertbeständiger Lohnes bereiten. So ist es im Laufe der letzten Zeit nur mit vieler Mühe möglich gewesen, zu den an und für sich niedrig stehenden Löhnen das jeweilige Mehr der laufenden Reichsindexziffer als Zuschlag zu erhalten. Oefters mußte erst der Schlichtungsausschuß angerufen werden und nur zweimal gelang es, den Grundlohn um ein Weniges zu erhöhen. Daß unter solchen Umständen der Reallohn von Woche zu Woche tiefer sank, liegt auf der Hand. Hinzu kommt noch, daß die Arbeitgeber öfters, erst in der vergangenen Woche aufs neue, erklärten, daß sie nicht mehr imstande seien, den auf Grund der Reichsindexziffer in die Erscheinung tretenden Papiermarklohn zu zahlen und demzufolge am liebsten gar keine Lohnerhöhung oder nur einen ganz geringen Bruchteil zahlen möchten. Auf der anderen Seite steht aber fest, daß wegen der Spanne zwischen den Papierlöhnen und den Preisen es glatt unmöglich ist, mit den als Lohn ausgegebenen Papiermarkbündeln auch nur die allernotwendigsten Lebensmittel zu beschaffen, die Miete, die hohen Gasrechnungen und so vieles andere zu bezahlen. Dies steigert natürlich die Unzufriedenheit bis zur Verzweiflungsstimmung, und zwar um so mehr, weil ein größerer Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen auf Kurzarbeit gestellt wurde. Es ist deshalb selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsleitungen alles aufbieten, um auf schnellstem Wege Abhilfe zu schaffen. Daß gehandelt wird, zeigen die getroffenen Maßnahmen der zentralen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, denen die örtlichen Leitungen folgen. Der Deutsche Verkehrsbund (Ortsverwaltung Halle) hat deshalb erneut die Forderung auf Zahlung von Goldlöhnen entsprechend dem Friedenslohn aufgestellt und wird, wenn der Arbeitgeberverband in unverständlicher Weise dieselbe diese Woche wieder ablehnen sollte, den Schlichtungsausschuß erneut anrufen. Es kann nicht mehr so weitergehen, daß alles nach Goldwährung rechnet und nur die Löhne noch in nichtssagenden Papiermark bezahlt werden. Um der gerechten Forderung auf Goldlöhnung auch den nötigen Nachdruck verleihen zu können, muß es Pflicht aller in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen sein, sich fester als je zusammenzuschließen und alle der Organisation noch fernstehenden Berufsangehörigen zu derselben heranzuholen. Weiter ist es Pflicht aller Organisierten, ihrer Organisation auch die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie in den Stand gesetzt wird, alles zu tun, um im Interesse der Mitglieder wirken zu können.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 30. Oktober 1923.

Aus dem Stadtparlament.

Maßnahmen gegen das Elend. • Gar noch Preiserhöhung von Strom, Gas und Wasser? • Erhöhung der Wohnungsbauabgabe um 200 Prozent.

Wohl war die Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetensitzung weniger umfangreich als die der vorangegangenen; die Tagung selbst war es nicht. Vor Beginn der Verhandlungen wurde eine Deputation der Erwerbslosen, die ihren bekannten Forderungen Nachdruck verleihen wollten, empfangen. Wir berichteten bereits, daß der Haushaltsausschuß sich fast alle Forderungen der Erwerbslosen — mit Ausnahme der Anerkennung des Erwerbslosenrates — zu eigen gemacht hat. Von den materiellen Hilfen glaubt man nur die durch Zahlung einer größeren Summe nicht gewähren zu können, weil das zu Verwicklungen mit dem Zuschusse zahlenden Reich führen müßte. Stadtrat Welthunsen gab einen Ueberblick über die Maßnahmen, die zur Linderung der Not teils ergriffen worden sind, teils noch ergriffen werden. Bei der Gelegenheit erfuhr man auch, daß von Mittwoch an für Kinderreiche (über die Zugehörigkeit zu den Versorgungsberechtigten siehe „Volksblatt" von gestern!) Brot mit 30 Prozent Preisermäßigung ausgegeben wird. Ein kommunistischer Antrag, die Forderungen dem Magistrat statt zur „Erwägung" zur „Berücksichtigung" zu überweisen, wurde angenommen.

Eine erschöpfende Aussprache entspann sich um die Aenderung der Strom-, Gas- und Wasserpreise. Dem Referenten des Haushaltsausschusses lagen so viel Beschwerden vor, daß ihre Verlesung die ganze Sitzung ausgefüllt hätte. Die Auffassung des Magistrats geht dahin, daß die Preise von 20 Pfennig (Gold) für Licht, 20 Pfennig für Kraft, 18 Pfennig für Strom-Großabnehmer, 16 Pfennig für Gas und 10 Pfennig für Wasser noch zu niedrig sind. Um eine Verteuerung (bei Lichtstrom z. B. auf 26 Pfennig) zu vermeiden, hatte der Haushaltsausschuß beantragt, in der Rechnung des Elektrizitätswerkes Amortisation und Stadtabgaben auf die Dauer von 4 Wochen zu streichen. Unsere Fraktion wiederholte ihren durch den Genossen Fürstfeldt im Haushaltsausschuß gestellten Antrag, den im Januar gezahlten Vorschuß den Verbrauchern heute anzurechnen. Die Abstimmung ergab Ablehnung sowohl des Antrages des Haushaltsausschusses als auch der Forderung unserer Fraktion. Der Vorsteher faßte die Ansicht der Stadtverordnetenversammlung dahin zusammen, daß das Kollegium überhaupt keine Goldrechnung, sondern Papiermarkrechnung mit festen Preisen wünsche. Um ganz sicher zu gehen, ließ Dr. Keil auch noch über den weitergehenden Magistratsantrag abstimmen. Er wurde einmütig abgelehnt. Nach den vorangegangenen Aeußerungen des Finanzdezernenten will der Magistrat sich nun überhaupt nicht mehr gebunden fühlen, sondern die Preise sogar ohne die Einschränkung des Haushaltsausschusses festsetzen.

In der letzten Sitzung hatte die Linke die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe um 100 Prozent des Standes vom 4. (10.) September 1923 verhindert. Eine neue Vorlage des Magistrats forderte gestern Erhöhung der Wohnungsbauabgabe um 200 Prozent. Unsere Genossen hielten an ihrem Standpunkt fest, daß dem arbeitenden Volke gegenwärtig keinerlei Belastung — auch für an sich wichtige Zwecke nicht — mehr zugemutet werden könne, solange ihm das zu des Leibes Notdurft und Nahrung Erforderliche in beängstigendem Maße fehlt. Die Vorlage wurde dennoch mit den Stimmen der Rechten gegen die der Linken angenommen.

Die öffentlicht Sitzung erreichte gegen 8 Uhr ihr Ende.

Endlich Einsicht!

Nur 4 bis 5 v. H. als Lohnsteuer. • Verdiltniszahl: 6000.

Obwohl seit Mitte September der Lohnabzug wöchentlich automatisch erhöht wird, hat er auch in dieser Zeit dauernd zwischen 7 und 9 Prozent betragen. Die dringlichen Vorstellungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben jetzt dazu geführt, daß eine weit stärkere Erhöhung der Ermäßigungssätze angeordnet worden ist, als sie durch die schematische Anpassung an die Geldentwertung bedingt worden wäre. Für die letzte Woche galt eine Vervielfältigungszahl von 210. Für die laufende Woche wäre entsprechend dem Steigen der Reichsindexziffer von 691 Millionen auf rund 3 Milliarden eine Vervielfältigungszahl von 1000 anzuordnen gewesen. Statt dessen ist bestimmt worden, daß die Vervielfältigungszahl 6000 beträgt und somit eine sechsfach höhere Festsetzung der Ermäßigungssätze als automatisch eingetreten wäre, gilt. Danach sind in der laufenden Woche folgende Einkommensbeträge steuerfrei:

Existenzminimum für Mann u. Frau	je 10 Milliard.	368	Mill.
für jedes minderjährige Kind	69 „	120	„
zur Abgeltung der Werbungskosten . .	86 „	400	„

Wie die Anwendung dieser Ermäßigungssätze auf eine Familie von vier Personen, bestehend aus Mann, Frau und zwei minderjährigen Kindern, wirkt, zeigen folgende Beispiele:

1. Angenommen, ein Holzarbeiter verdient in der Woche vom 28. Oktober bis 3. November . . . . 400 Milliard.

dann ergibt sich folg. Steuerberechnung:			
der 10prozentige Steuerabzug beträgt .	40	„	
davon gehen folg. Ermäßigungen ab:			
Existenzminimum f. Mann u. Frau zus.	2	„	74 Mill.
für zwei minderjährige Kinder . . .	13	„	824 „
zur Abgeltung der Werbungskosten . .	8	„	640 „
zusammen	24	Milliard.	588 Mill.
verbleibt ein tatsächl. Steuerabzug von	15	„	462 „

Das entspricht einer steuerlichen Belastung von noch nicht 4 Prozent.

2. Angenommen, ein Metallarbeiter mit gleichem Familienstande verdient in der gleichen Woche 500 Milliarden Mark. Die Errechnung des Steuerabzuges ergibt dann:

10prozentiger Abzug	50	Milliard.	
Ermäßigungen wie im Beispiel 1 . .	24	„	588 Mill.
an Lohnsteuer sind tatsächlich zu zahlen	25	Milliard.	462 Mill.

aber rund 5 Prozent des Wochenlohnes.

Wie aus diesen Beispielen hervorgeht, wird — selbst wenn sich die Löhne in dem angenommenen Umfange erhöhen — in der laufenden Woche der einer Normalfamilie wirklich nur eine 4- bis 5prozentige Belastung des Lohnempfängers durch den Steuerabzug eintreten. Bei kinderreichen Familien ist die Belastung wesentlich geringer. Die neuen Ermäßigungen bedeuten gegen den jetzigen Stand eine Herabdrückung der Lohnsteuer auf etwa die Hälfte. Es ist das der Erfolg der eindringlichen Vorstellungen, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Finanzminister wegen der bisher unerträglichen Höhe des Lohnabzuges unternommen hat. Sie haben dort Entgegenkommen und Würdigung gefunden. Sollte trotzdem die Lohnentwicklung über die bei der Berechnung der Ermäßigungssätze angenommene Höhe abermals hinausgehen — was ja bei den heutigen Verhältnissen in keiner Weise vorausgesehen werden kann —, so soll der Ausgleich dadurch wiederhergestellt werden, daß denn in der darauffolgenden Woche die Ermäßigungsbeträge so stark gesteigert werden, daß sich wiederum eine wesentliche Herabsetzung der Lohnsteuer auf 4 bis 5 Prozent ergibt.

•

Freilich hat die Maßnahme nur dann Bedeutung, wenn sie zu anderen Zwecken als dem der augenblicklichen Beruhigung der hungernden Massen ergriffen worden ist, d. h.: wenn sie wirklich der Entlastung der schaffenden Kreise dienen soll. Eine neue, vollkommene Anpassung der Verhältniszahl muß sofort erfolgen, wenn die Geldentwertung in der kommenden Woche auch nur etwas über das bisherige Maß hinausgeht.

Verzehnfachung der Postgebühren.

Unter dem Zwang der Geldentwertung hat die Postverwaltung die zum 1. November festgesetzten Gebühren für Briefsendungen und Pakete des Inlandsverkehrs noch vor ihrem Inkrafttreten verdoppeln müssen. Der einfache Fernbrief kostet demnach vom 1. November an 100 Millionen, die Fernpostkarte 40 Millionen Mark. Weitere voraussichtlich sehr beträchtliche Erhöhungen stehen zum 5. November bevor.

Das neue Geld.

Das wertbeständige Zwischengeld.

Die als Vorläufer der Rentenmark gedachten kleinen Stücke der wertbeständigen Anleihe sind dem Verkehr übergeben worden. Die Stücke lauten über den Gegenwert von 1 Dollar, ½, ¼ und ein Zehntel Dollar, den Dollar zu 4,20 Goldmark gerechnet. Der Dollarschein hat eine bräunliche, der halbe Dollar eine grauweiße, der Vierteldollar eine gelbgraue und der Zehntteldollar eine bläuliche Farbe. Die Umrechnung in Papiermark hat nach dem letzten vorliegenden amtlichen Dollarmittelkurs zu erfolgen. Unsere Zeitung teilt regelmäßig den Goldmarkkurs vom vorangegangenen Tage mit.

•

100-Billionen-Scheine.

Noch im Laufe dieser Woche werden Ein-, Zwei-, Fünf- und Zehn-Billionen-Scheine zur Ausgabe kommen. Es ist auch möglich, daß noch 100-Billionen-Scheine herausgabt werden.

Morgen beginnt die Volksspeisung.

Morgen, Mittwoch, beginnen die Volksspeisungen in der Johannesschule, Talamtschule, Schillerwert und Giebichenstein-Schule. Wünsche bzw. Anmeldungen dazu können beim Jugendamt, bei der Armendirektion und bei der Rentnerstelle angebracht werden. Der Finanzausschuß (Herr W. Ägmann) bittet um weitere Spenden. Annahmestellen sind: Bankhaus Reinhold Steckner, Landkreisbank, Hallischer Bankverein, die Firma Ahmann und die durch Aushang gekennzeichneten Stellen. Naturalien nimmt Diplom-Landwirt Kirchhoff, Franckestraße 8, an.

Was der Polizeibericht meldet.

Am 29. Oktober gegen 3½ Uhr nachmittags bildete sich auf dem Marktplatz eine größere Menschenansammlung, welche sich durch Zuzug von Jugendlichen dauernd vergrößerte. Da Ansammlungen verboten sind, mußte der Marktplatz durch die Polizei geräumt werden. Da sich die Ansammlungen wiederholten, mußte noch mehrmals zur Räumung des Platzes geschritten werden. Desgleichen mußte eine Ansammlung in der Nähe des Café Dietze am Strafgefängnis in den Abendstunden zerstreut werden. — Am 29. Oktober nachmittags wurde in der Großen Ulrichstraße eine Frau von einem Geschirr der Färberei Galgenberg angefahren und zu Boden gerissen. Sie wurde nach ihrer Wohnung gebracht. Aeußere Verletzungen erlitt die Frau nicht. Den Geschirrführer trifft keine Schuld, da die Frau direkt in das Geschirr gelaufen ist. — Am gleichen Nachmittag wurde in der Großen Ulrichstraße ein Schäferhund von einem Straßenbahnwagen überfahren und sofort getötet. — Am 29. Oktober abends mußte ein Polizeibeamter anläßlich der Festnahme von zwei Personen, die erheblichen Widerstand leisteten und den Beamten tätlich angriffen, seine Hiebwaffe gebrauchen. Verletzungen traten dadurch nicht ein.

• Die Berechtigungsscheine für den Bezug verbilligten Brotes für bedürftige, kinderreiche Familien werden am Mittwoch, dem 31. Oktober 1923, vormittags von 9 bis 11 Uhr, in folgenden Ausgabestellen ausgegeben: für die Schulbezirke Trotha, Kröllwitz, Giebichenstein: in der Hort-Baracke im „Bürgerpark"; für die Schulbezirke Neumarkt, Friesen, Schiller-Schule und Freiimfelder: im Hortraum in der Friesenschule; für die Schulbezirke Talamt- und Alte Volksschule: im Assessor-Müller-Stift am Alten Markt: für die Schulbezirke Glaucha, Weingärten und Johanneschule: in der Hort-Baracke am Bölderger Weg (Ecke Weingärten); für die Schulbezirke Hutten- und Lutherschule: im Hortraum Lauchstedter Straße 28. Die Bäckereien im Stadtbezirk haben sich bereit erklärt, die Brotbezugscheine zum verbilligten Preise zu beliefern. Der Preis für ein Brot beträgt 70 Prozent des jeweils gültigen Verkaufspreises.

Hallisches Kunstleben.

„Fidelio" im Stadttheater.

Oper in zwei Aufzügen von Ludwig van Beethoven.

Von der „großmächtigen" dritten Leonoren-Ouvertüre läßt Robert Schumann seinen Eusebius sagen: „Beethoven soll geweint haben, als sie, zum erstenmal aufgeführt, in Wien fast durchfällig mißfiel — Rossini hätte höchstens gelacht im ähnlichen Falle. . . . Du irrtest — aber deine Tränen waren edel."

Im Zeichen dieses unvergleichlichen Werkes, das man nach der Kerkerszene einschob, stand die „Fidelio-Aufführung vom vorgangenen Sonnabend im Stadttheater. Kapellmeister Braun führte mit der Wiedergabe dieser Ouvertüre den Beweis, daß auch er nur des außerordentlichen Erlebnisses bedarf, um Außerordentliches zu leisten.

Die übrige Aufführung hielt einigermaßen Niveau. Kerzmanns Pizarro war musterhaft. Das Organ des Sängers, das in der Kantilene uns meistens enttäuscht, ist auf diese Rollen absolut zugeschnitten. Vorbildliche Aussprache, Kraft der tonalen Akzentuierung, machtvolle Ausgiebigkeit der Stimmmittel namentlich an der oberen Grenze der Höhe, dazu eine hervorragend prädisponierte Spieleigenart sind die Eigenschaften, die Kerzmann am Sonnabend mit großem Erfolg einsetzte. Berghofs Florestan war anfänglich gut. Die Stimme ließ infolge zu starker Forcierung sehr bald nach. Die Leistung hinterließ infolgedessen keinen ungetrübten Genuß. Ueber die Maske mag der Künstler noch einmal mit seinem Regisseur reden. „Eines schickt sich nicht für alle." Die Leonore Maria Günzel-Dworitsis fesselte in der Darstellung, die in einzelnen Details erschütternd wirkte, im großen und ganzen aber das nicht hielt, was sie ursprünglich versprach. Die Kerkerszene verlangt doch stärkere Mittel von der Schauspielerin. Wir sind überzeugt, daß Frau Günzel-Dworitsi über diese Mittel verfügt. An ihre sonst gute Gesangsleistung möchten wir den seit lange gehegten Wunsch knüpfen, daß das gesunde Stimmtremolo nicht durch ein ungesundes Stimmflackern ersetzt wird, das sich gewohnheitsgemäß bei der Sängerin jetzt auch schon im Portamento bemerkbar macht und dadurch Ruhe und Schönheit der Gesangslinie ganz erheblich beeinträchtigt. Die Regie (Hans Siegle) erfreute durch Solidität und stellenweis neue Gedanken bei der Schaffung des äußeren Rahmens. ×

Stadttheater. Heute, Dienstag, und Sonntag 7½ Uhr geht „Figaros Hochzeit" in Szene. Mittwoch: „Fidelio". Donnerstag findet die Erstaufführung von Grillparzers „Traum ein Leben" in neuer Einstudierung unter Spielleitung von Fritz Günzel statt. Beschäftigt sind die Damen Miersch, Sessing, Ziegler und die Herren Durra, Förster, Hennebeg, Hensel, Hoffmann, Tiedemann und Weber. Freitag: „Der Lampenschirm".

Zum Besten der Volksspeisung geht am Sonnabend im Stadttheater Beethovens „Fidelio" in Szene. Die Vorstellung findet außerhalb des Abonnements und der Volksbühne zu erhöhten Preisen statt. Der Ertrag des Aufschlages fließt ohne Abzug der hallischen Volksspeisung zu. Außerdem werden durch Mitglieder des Theaters in den Pausen Sammlungen veranstaltet, deren Einnahme ebenfalls der Volksspeisung zugeht.

Aus der Provinz.

An unsere Berichterstatter!

Unsere wiederholten Mahnungen zu reger Mitarbeit sind vielfach wirkungslos geblieben, andererseits haben sie auch Auswirkungen in entgegengesetzter Richtung gezeitigt. Manche Genossen sind der Meinung, die Redaktion wisse vor lauter Verlegenheit nicht, woher sie den Stoff zum Füllen der Spalten nehmen solle und haben geglaubt, auf ihre Weise dem abzuhelfen. So geht es nicht weiter. Wohl soll aus jedem Orte über alles Wissenswerte berichtet werden, aber von nun an müssen sich unsere Berichterstatter kürzer fassen als bisher. Ein Blick in die Zeitung wird jedem Genossen klarmachen, warum das notwendig ist. Wer die Bitte nicht erfüllt, muß sich energische Abstriche gefallen lassen. Der Materialandrang wird größer, der Umfang des Blattes beschränkter. Jeder muß die Verhältnisse berücksichtigen.

Die Streiklage im Braunkohlenbergbau.

Am 25. Oktober fanden in Berlin Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus statt. Seitens der Arbeitnehmervertreter wurde zum Ausdruck gebracht, daß es dringend notwendig sei, im Interesse unserer Wirtschaft die Differenzpunkte, welche zum Streik geführt haben, auf dem Verhandlungswege zu beseitigen.

In der Lohnfrage und in der Frage betreffend die von den Arbeitgebern willkürlich festgesetzte Lohnstufe wurde auch eine Einigung erzielt. Anschließend an diese Verhandlungen sollte dann über die Wiedereinstellungsfrage verhandelt werden. Inzwischen hatten jedoch die Arbeitgebervertreter das Sitzungszimmer verlassen und somit die Verhandlung unmöglich gemacht. Die Organisationen waren bemüht, am Sonnabend und am Sonntag noch Verhandlungen zustande zu bringen. Ihre Bemühungen scheiterten an dem Widerstand der Braunkohlenunternehmer.

Das Arbeitsministerium hatte nunmehr zum Montag, dem 29. Oktober, die Parteien zu Verhandlungen nach Halle geladen. Auch diesmal waren die Arbeitgebervertreter nicht erschienen. Das Arbeitsministerium ist weiter bemüht, Verhandlungen zwischen den Parteien zustande zu bringen. Sollte das nicht gelingen, so soll ein von Arbeitsminister eingesetztes Schiedsgericht über die Frage der Wiedereinstellung entscheiden. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Arbeiterorganisationen ihre Verhandlungsbereitschaft wiederholt erklärt haben und auch jetzt noch bereit sind, über die noch strittigen Punkte mit den Arbeitgebervertretern zu verhandeln.

•

Bocktitz. Ueber die Streiklage im Ländchen wird uns geschrieben: Wir brauchen uns nicht zu wundern, daß wir die Stupo so schnell wieder bei uns zu sehen bekamen. Man kann daraus ersehen, daß die Herren sehr ängstlich um ihr Geschäft besorgt sind. Für uns hat man keine Stupo, die uns schützt, wenn wir unser bißchen „Geld" holen, aber jene „Leno" genannten Streikbrechergarde muß geschützt werden und dann noch so verschiedene, welche wissen, was sie auf dem Kerbholz haben. Der Amtsvorsteher Nickelmann hatte es recht eilig mit der Stupo, denn schon am ersten Tage des Kampfes hatte er sie angefordert, obwohl die Landjäger in der Lage waren, die gar nicht gestörte Ruhe hier aufrechtzu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231030-16/fragment/page=0003

halten. Es wäre besser gewesen, die jetzt so eifrigen Ordnungshüter hätten, als die Arbeiter in der ganzen Woche gerade soviel verdienten, um ein Brot kaufen zu können, eingegriffen und verhindert, daß diesen Hungrigen nur die Hälfte von dem zuteil wurde, was heute die Streikbrecher erhalten. Da ist man in heller Aufregung, wenn da eine Zigarre fehlt, oder Bier nicht heizeiten da ist, oder gar Handtuch und Seife fehlen für diese Helden. Bei dem Arbeiter macht man sich keine Kopfschmerzen, woher er Geld für Seife nimmt. Die Beamten, welche bis jetzt aus ganz bestimmten Gründen immer noch gut gefüttert worden sind, sind es heute, welche der Arbeiterschaft wieder in den Rücken fallen und unter dem Schutze der Schupo „Notstandsarbeiten" verrichten. Die Afa hat zur Solidarität aufgerufen, aber die Herren hier erklären, der Streik ist schon verloren. Es wird noch eine Zeit kommen, wo man auch hier dem Mohr sagt, er hat seine Schuldigkeit getan. Die Regierungsstellen möchten wir einmal fragen, wer den Befehl erteilt hat, daß man in unser ruhiges Gebiet bewaffnete Macht hineinsetzen und Streikposten verhaften. Wir haben ein Recht zum Leben und wenn man uns dies nicht geben will, werden wir es uns erkämpfen. Dieser Kampf ist ein reiner Lohnkampf, und wer etwas anderes behauptet, ist ein Verleumder. Wer hat die Werke bedroht, daß sie Schutz gebrauchen? Wer hat den Befehl zum Einrücken gegeben, da die eigentlichen Instanzen nichts davon wissen? Wir warten auf Antwort!

Merseburg. Die Novembermiete im Kreise Merseburg. Für den Landkreis Merseburg mit Ausnahme für die Städte Schkeuditz, Leuna, Leipzig, Schkeuditz und Lützen sind die Zuschläge zur Grundmiete wie folgt festgesetzt: 1. für Verwaltungskosten 2 256 000 000 Prozent; 2. für Verwaltungskosten für gewerbliche Räume 25 Prozent mehr 2 820 000 000 Prozent; 3. für Kosten zur Beschaffung des Reinigungsmaterials 1 128 000 000 Prozent; 4. für laufende Instandsetzungsarbeiten 6 016 000 000 Prozent; 5. für gewerbliche Räume 25 Prozent mehr 7 520 000 000 Prozent; 6. für große Instandsetzungsarbeiten 6 016 000 000 Prozent.

Delitzsch. Volk in Not! In Erkenntnis der furchtbaren Not unserer Tage ruft die Delitzscher Jugend zu einem Hilfswerk zur Linderung der ärgsten Not in armen Familien auf. Nicht nur Armut an irdischen Gütern, sondern auch vor allem eine Verarmung auf geistigem Gebiete hat in erschreckender Weise um sich gegriffen und in allgemeinen eine gedanken- und verantwortungslose Lebensführung großgezüchtet, die gegenüber dem entsetzlichen Elend eines großen Teiles unserer Volksgenossen der reinste Hohn auf soziales Mitempfinden ist. Kampf gegen Lebensunsitten durch vorbildlich einfache, natürliche Lebensführung und wirklich soziale Betätigung sind die beiden großen Aufgaben, zu deren Lösung die Jugendgruppen der verschiedensten Lager zu einer „Arbeitsgemeinschaft Delitzscher Jugend" zusammengetreten sind. Heute, Dienstag, abend 7½ Uhr wird im „Schützenhaus" der erste Vortragsabend über „Volkstied und Dichtung" (mit Lichtbildern) veranstaltet zugunsten notleidender Delitzscher Familien. Sozial- und Kleinrentner haben freien Eintritt.

Petersroda. O diese göttliche Weltordnung. Am Sonntag wurde das Opfer der leichtsinnigen Schießerei, von der wir schon berichteten, der Arbeiter Karl Deiwes, zu Grabe getragen. Die Arbeiterschaft der ganzen Umgegend war erschienen, um dem Unglücklichen das letzte Geleit zu geben. Vor allem war es die Arbeiterschaft von Roitzsch, die in geweltiger Zahl herbeigeeilt war, um gemeinsam mit den übrigen Volksgenossen zu demonstrieren gegen eine Weltordnung, die den Armen verhungern oder niederknallen läßt. Jeder gab zum Ausdruck, diese barbarischen Zustände nicht länger mehr ertragen zu können. Am Grabe sprachen die Genossen Richard Hense und Hermann Specht aus Roitzsch über den seigen Mord ihre tiefste Verachtung aus. Bis heute ist noch nicht festgestellt, wer den tötlichen Schuß abgab. Wie bei allen ähnlichen Fällen will man auch hier wieder „in Notwehr" gehandelt haben. Trotzdem der Unglückliche drei Schüsse in den Hinterkopf aufzuweisen hat und keinerlei Waffen bei ihm gefunden wurden.

Mansfelder Lande.

Mansfeldsche Einfalt!

„Sie müssen sich doch nach der Organisation richten!"

Vor dem Aufmarsch des „Stahlhelm" in Eisleben am 24. Juni brachten wir einen längeren Artikel, der auch von der objektiven gegnerischen Seite zustimmende Würdigung fand, in dem wir die Bewegung in ihrer ausgedehnten Form als Modekrankheit bezeichneten. Das Wort ist förmlich zum Stichwort geworden und bei jeder passenden und nichtpassenden Gelegenheit wendet es der parlamentarische Festredner des „Stahlhelm", der Wormsleberer Lehrer Fritzsche an. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dem so ist. Denn mit verschwindend geringen Ausnahmen stellt das Stahlhelm-Kontingent das Bureaupersonal der Mansfeld-A.-G., das merkwürdigerweise jetzt seinen politischen Tätigkeitsdrang entdeckt und auf eine Linie geführt hat, die als eine dem Arbeitgeber genehme anzusehen ist. Diese über den Leisten gezogene Dokumentierung einer Ueberzeugung, die man richtig als kasernenhofmäßige seligen Angedenkens bezeichnen kann, führt dann auch zu mancherlei Absonderlichkeiten in der Auffassung über die obwaltenden Wirtschaftsprobleme unserer Zeit. Diese schablonenmäßige geistige Uniformierung mit dem äußerlich getragenen „Schelmhut" des Stahlhelms oder des totenköpfenden Adlerschen des Wehrwolfs führt mit Naturnotwendigkeit zu einer erschreckenden Denkfaulheit, die geradezu lächerliche Blüten treibt. Ein solcher Vertreter einer neu entstandenen „Epoche" äußerte sich über die durch die Kurzarbeit der Mansfeld-A.-G. herbeigeführte Stimmung der Arbeiterschaft, die wir bereits am Sonnabend kennzeichneten, recht wegwerfend. Als ihm darauf erwidert wurde, er möchte doch seinen Unwillen an die Adresse der Mansfeld-A.-G. richten, meinte diese personifizierte Naivität ganz trocken, die Mansfeld-A.-G. könnte doch als Mitglied der Organisation nicht aus der Reihe tanzen, sie müsse sich doch der ausgegebenen Order fügen! Vor soviel „Weisheit" möchte man förmlich in die Knie sinken. Würden wir ebenfalls so gedankenlos in der Beurteilung wirtschaftlicher Fragen über den Erdball torkeln, dann könnte nichts willkommener sein, als den Spuren dieses Weisheits-Indianers zu folgen. Da wir nicht wie die Stahlhelmleute schablonenmäßig denken und äußerlich auch gewohnt sind, wirtschaftlich unsere eigenen Gedanken zu haben, können wir uns leichter vorstellen, daß die Mansfeld-A.-G. im Rahmen des sonst so verpönten internationalen Wirtschaftsverbandes von den Konkurrenten auf dem Weltmarkt nicht immer mit Kuhfüßen aufgenommen wird. Womit wir die gegenwärtig eingetretene Kurzarbeit der Mansfeld-A.-G. keineswegs entschuldigen wollen. Und wenn Kurzarbeit auf Befehl der Unternehmer-Organisation die Mansfeld-A.-G. wirklich so eingestellt hätte, wie die verpfiffene Diana auf der Jagd, dann ist es echt Mansfeldsche Einfalt, anzunehmen, die Arbeiterschaft solle das als etwas von Gott Gesandtes hinnehmen und sich wie ein gläubiger Christ in sein Schicksal ergeben.

• **Die Stundenpläne für die gewerbliche Berufsschule und Berufsschule für Mädchen** (Haushaltungsschule) für das kommende Winterhalbjahr sind im Rathaus und in der Schule zum Aushang gebracht worden.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton, Genossenschaftliches und Lokales: Hermann Langer; für Gewerkschaftliches, Provinz und Sport: Gottl. Kaparet; für den Anzeigenteil: Wilhelm Hertzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei. e. G. m. b. H., Halle

Vereins-Kalender

der VSPD.,

freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat des VSPD. Halle (Saale), Harz 42/44, Hofgebäude, 3 Treppen. — Fernruf 1024. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1024).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht anders, gegen besondere Vereinbarung; die aller anderen Vereine zum jeweiligen Mitgliederpreise zweiteilig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

SAJ. Unterkassierer heute Dienstag im Jugendheim Weidenplan: Wichtige Besprechung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Frauen-Sängerchor. Vereinslok. „Stadt Dresden". Freitag, abend 8 Uhr. Singestunde. Mittwoch abend 8 Uhr Gesamtvorstand-Sitzung. 3707

Delitzsch. Zunsozialisten. Mittwoch, den 31. Oktober 1923, abends 8 Uhr: Arbeitsgemeinschaft bei Genossin Rabe. Es scheint alle und pünktlich.

Liebenwerda. Freitag, den 2. Nov., abends Punkt 8 Uhr, in der „Kaiserkrone": Mitgliederversammlung.

Zentralbibliothek Halle

Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44.

Hall. Genossenschafts-Buchdruckerei

e. G. m. b. H. :: Halle (Saale).

Mittwoch, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Harz 42/44.

Außerordentl. Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu der gegenwärtigen geschäftlichen Lage des Unternehmens.
2. Anträge. (Anträge der Mitglieder müssen spätestens 3 Tage vor Stattfinden der Versammlung im Bureau, Harz 42/44, eingegangen sein.

Zutritt nur für Mitglieder.

Der Vorstand.

Der beliebte sozialdemokratische Familien-Kalender

Illustrierter Neue-Welt-Kalender

für das Schaltjahr 1924

ist soeben erschienen.

Der mit Bildern und Text reich ausgestattete Hauskalender darf in keiner Familie fehlen. Alle bis zum 31. Oktober eingehenden Bestellungen liefern wir zum bedeutend herabgesetzten Preise von 550 Millionen Mark einschl. Porto.

Ferner bieten wir an:

Mitteldeutschen Volks-Kalender

für das Schaltjahr 1924

zum Preise von 160 Millionen Mk. einschl. Porto

Bestellungen mit gleichzeitiger Geldeinsendung sofort erbeten. ab 1. Oktober verdoppelt sich der Preis. — Postscheck 110 92

Volksblatt-Buchhandlung Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 27.

Dixin Henkel's Seifenpulver

das Seifenpulver für jedes Waschverfahren. Größte Ergiebigkeit!

Stadt-Theater.

Mittwoch, abends 7½ Uhr: **Fidelio** 3706

Donnerstag, abds. 7½ Uhr: **Traum ein Leben**

Größte Auswahl! Billigste Preise!

Chaiselongues

Besond. Zahlungserleichterungen.

Bruno Paris

Leipziger Straße 12.

Volkspark

Burgstraße 27.

Das eigene Heim

der Hallisch. Arbeiter

Volksblatt-

Bilderbücher

Jugendschriften

Märchenbücher

Buchhandlung

Halt!

Kleine Anzeigen

siehe: Kauf-Schäfte und Angebote, Vermietungen, Unterrichts, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden Ihr Ziel Ihres Erfolg!

Bekanntmachung.

Infolge des Mangels an Zahlungsmitteln haben wir **Gutscheine** zu

10, 20 und 50 Milliarden Mark

ausgegeben. Alle 3 Sorten haben einen gelblichen Untergrund. In der Mitte der Scheine, die sämtlich eine Größe von 18,5 × 8,4 cm haben, ist eine ovale Maske eingedruckt, welche im Negativ ein Posthorn zeigt. Die Masken sind bei den 10-Milliardenscheinen rot, bei den 20-Milliardenscheinen hellblau und bei den 50-Milliardenscheinen violett gehalten. Die Scheine tragen in Frakturschrift folgenden Wortlaut:

Zehn (bzw. Zwanzig bzw. Fünfzig) Milliarden Mark
(Reichspapiergeld)
zahlen die
Postanstalten des Oberpostdirektionsbezirks Halle
gegen diesen Gutschein.

Halle (Saale), den 27. Oktober 1923.

Oberpostdirektion.

Stempel

Ihle der OPD. Strecker

Dieser Schein gilt bis zum 30. November 1923.

Der vorstehende Wortlaut ist in schwarzem, der Stempel und die links neben der Unterschrift angegebene Nummer in rotem Druck ausgeführt.

Halle (Saale), den 26. Oktober 1923.

3708 **Oberpostdirektion.**

Bekanntmachung.

Der Entwurf des Haushaltsplanes des Zweckverbandes Leuna für das Rechnungsjahr 1923/24 liegt in der Zeit vom 1. bis 14. November 1923 in Bau M 617, Zimmer Nr. 4 zur Einsicht der Verbandsangehörigen während der Geschäftsstunden aus.

Leuna-Werke, den 29. Oktober 1923.

Der Vorsteher des Zweckverbandes Leuna.
Cornely. 3704

Stempel liefert Fr. Schumann Stempelfabrik Tel. 1704

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Herrn Reichsfinanzministers gibt die Kreissparkasse Liebenwerda

Notgeld

in Scheinen von **10, 20 und 50 Milliarden Mark** aus.

Das Notgeld gilt als gesetzmäßiges Zahlungsmittel und ist deshalb von Behörden und Privaten im Kreise Liebenwerda anzunehmen.

Auf Grund gegenseitiger Vereinbarung wird das Notgeld auch von den Kreissparkassen der Kreise Schweinitz und Torgau angenommen, und bitten wir daher die Einwohner dieser Kreise, gegebenenfalls das Notgeld des Kreises Liebenwerda nicht zurückzuweisen.

Bei Aufruf des Notgeldes ergeht an dieser Stelle rechtzeitige Bekanntmachung.

Liebenwerda, den 29. Oktober 1923.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Vogt, Landrat.

3708

Ausgabe von Notgeld.

Zur Behebung der augenblicklichen Zahlungsmittelnot kommt neues Notgeld der Stadt Halle in Scheinen zu

20 Milliarden Mark

zur Ausgabe. Der Schein ist 16 × 8 cm groß. Er zeigt auf der Vorderseite kleingemusterten hellblauen Untergrund, auf dem in hellblauer Farbe die Nummer des Scheines und in dunkelblauer Farbe folgender Text aufgedruckt ist.

„Notgeld der Stadt Halle.
Gegen diesen Schein zahlt die Stadthauptkasse dem Ueberbringer
20 Milliarden Mark
in deutscher Reichspapiermark.

Halle, im Oktober 1923.

Der Magistrat.
(Siegel) Seydel.

Der Schein verliert seine Gültigkeit einen Monat nach amtlicher Bekanntmachung durch den Magistrat."

Zu beiden Seiten des Ausgabedatums steht die Zahl 20.

Halle, den 29. Oktober 1923. 3709

Der Magistrat.

BREMEN

AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen. Reisegepäck-Versicherung! Nähere Auskunft durch

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

und seine Vertretungen

in Halle a. S.: Lloyd-Reisebureau L. Schönlicht, Poststraße (Stadt Hamburg)

Genossen! Werbt neue Leser!

Magol, das gute Bohnerwachs. Neue Bilder zum alten Märchen 6.

MAGOL der wirkende Schutz

Magol-Werke Albert Brüller, Magdeburg.

Mansfelder Lande

Amtliche Bekanntmachungen

Mansfelder Gebirgskreis

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 (RGBl. I S. 943) hat der Reichsarbeitsminister die **Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge** erlassen, die im Reichsgesetzblatt I vom 15. Oktober 1923, Nr. 98, S. 946, bekanntgemacht ist und am 1. November 1923 in Kraft tritt.

Zur Durchführung der Verordnung wird nachstehendes zur Kenntnis gebracht:

Die Mittel, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur Fürsorge für die Erwerbslosen erforderlich sind, werden durch Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht.

Beitragspflichtig sind die Arbeitnehmer, die auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse für den Fall der Krankheit pflichtversichert sind, und ihre Arbeitgeber.

Die Höhe der Beiträge hat der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes (§§ 7, 63 des Arbeitsnachweisgesetzes) für seinen Bezirk (Mansfelder Gebirgskreis) auf 20 vom Hundert des Krankenkassenbeitrages festgesetzt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen diesen Beitrag je zur Hälfte.

Die Beiträge sind als Zuschläge zu den Krankenkassenbeiträgen und mit diesen an die Krankenkassen zu entrichten. Auf die Zahlung finden die §§ 28, 29 und 394 bis 406 der Reichsversicherungsordnung entsprechend Anwendung.

Erfolgt die Zahlung der Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge zusammen mit den Kranken-Versicherungsbeiträgen durch Giro-Ueberweisung, Zahlkarte oder Postanweisung, so ist der Land- und allgemeinen Ortskrankenkasse unbedingt mitzuteilen (auf den Zahlkartenabschnitt oder mittels besonderen Schreibens)

a) die Summe der Krankenversicherungsbeiträge, getrennt nach Land- und Ortskrankenkasse,
b) die Summe der Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge, ebenfalls getrennt nach Land- und Ortskrankenkasse,
c) die Woche, für welche die Zahlung erfolgt.

Mansfeld, den 27. Oktober 1923.

Das Arbeitsamt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231030-16/fragment/page=0004